



Infobrief

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Nr. 5 – Juli 2009

Inhalt	Seite
EDITORIAL	02
AKTUELLES vom Notstand der Republik	
Vertrag von Prüm wird in nationales Recht überführt	03
Militarisierung der Berufsaus- und Weiterbildung	05
Bundeswehrsoldaten werden mit Handbüchern der Wehrmacht ausgebildet	06
Das Ende des Parlamentarismus?	06
AKTIONEN gegen den Notstand der Republik	
Widerstand gegen den „Karrieretreff“ der Bundeswehr in Ingolstadt	07
MATERIAL zum Notstand der Republik	08
Materialien des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik	
Flugblatt der ver.di Jugend Ingolstadt „Schluss mit der Werbung für die Bundeswehr! Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle!“	AN- HANG

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de
Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

Aktionszug gegen den Notstand der Republik



Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. In der auf dem Kongress verabschiedeten Erklärung haben wir die wichtigsten Maßnahmen aufgezählt:

- „die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum
- den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden
- und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.“

Wir zogen daraus folgenden Schluss:

„Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird.“*

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten große Aktivistentreffen, führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch und noch vieles mehr.

Seitdem wir diesen Kampf begonnen haben, hat sich der Notstand der Republik weiter verschärft. ABER (so schreiben wir in unserer zweiten Erklärung im Februar 2008):

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern! Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“*

In diesem Sinne arbeiten wir weiter und geben seit Februar 2009 diesen Infobrief heraus, mit dem wir über die aktuelle Entwicklung des Notstand der Republik und über Aktionsmöglichkeiten, sowie interessante Materialien dagegen informieren wollen.

* Die Erklärungen im vollen Wortlaut findet ihr auf unserer Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de)

AKTUELLES vom Notstand der Republik

(Zusammengestellt von Julia, Bremen)

Vertrag von Prüm wird in nationales Recht überführt

Auf Initiative der BRD wurde am 27. Mai 2005 der Vertrag von Prüm geschlossen, laut Bundesinnenministerium soll damit die grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit intensiviert werden, insbesondere im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration. In diesem Vertrag wird festgeschrieben, dass die Polizei im anderen Land gemeinsame Polizeistreifen aufstellen kann. Darüber hinaus wird ermöglicht, im anderen Land exekutiv einzugreifen, also Menschen anzuhalten, zu durchsuchen und zu verhaften. Dies muss zuvor mit dem anderen Vertragsstaat vereinbart werden. Außerdem sind Einsätze der Polizei im Prüm-Vertragsstaat bei Großereignissen möglich. Die Polizei hat Zugriff auf DNA-Daten, Fingerabdrücke und Kfz-Kennzeichen der anderen Länder des Prüm-Vertrags. In Kraft getreten ist der Prümer Vertrag zuerst mit Österreich. Die Friedensbewegung Linz schrieb damals: „Begleitet von den Klängen der Europahymne verwandelt sich Österreich so in eine Provinz Deutschlands.“

Bislang galt der Vertrag von Prüm nur für die sieben Unterzeichnerstaaten aus dem Jahr 2005. Seit einem Jahr haben sich alle 27 EU-Staaten dem von Deutschland eingebrachten und vorangetriebenen Prüm-Diktat zu unterwerfen und in nationales Gesetz zu gießen.

Der Bundestag der BRD hat im Juni 2009 ein Gesetz zur Umsetzung des Prüm-Vertrags verabschiedet und damit dem Vordringen des deutschen Gewaltapparats in alle 27 EU-Staaten einen ungeheuren Vorschub gegeben. 19 Jahre nach der Annexion der

DDR kann die deutsche Polizei wieder Menschen in Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden, Polen und allen anderen EU-Staaten verfolgen, verhaften, niederschlagen. Sie kann in den Nachbarländern gegen Demonstrationen vorgehen, sie mit Waffengewalt auflösen, Streiks nieder knüppeln. Selbstverständlich braucht der deutsche Staatsapparat hierfür noch das Einverständnis des Staates, in den Bundes- und Länderpolizeien einfallen. Wie zum Beispiel beim Nato-Gipfel in Straßburg im Mai diesen Jahres, als die deutsche Polizei mit deutschen Wasserwerfern auf Kriegsgegner in Straßburg los marschierte und französischen Staatsbürgern ihr demokratisches Demonstrationsrecht raubte und auch Verletzte hinterließ. Die deutschen Wasserwerfer versprühten wieder Gas in Frankreich, das giftige CN-Gas. Ganze 64 Jahre, nachdem die Résistance und die Anti-Hitler-Koalition die deutschen Besatzer aus dem Land geworfen und Frankreich befreit hatten.



Natürlich gilt die „grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ auch in umgekehrter Richtung. So könnten z.B. polnische Polizisten in der BRD eingesetzt werden mit Zustimmung der Behörden der BRD. Vor dem

Gesetz sind alle gleich – in der Realität bestimmt der Stärkere. Da macht es eben einen grundlegenden Unterschied, ob deutsche Polizeibataillone in Polen stehen, oder polnische Polizisten im mächtigen Deutschland an der Seite der deutschen Polizei laufen dürfen. Im Gegenteil, sie werden auf diese Weise real dem deutschen Staatsapparat eingegliedert.

Außerdem werden mit dem Vertrag von Prüm die Daten der Bürger aller EU-Staaten den Polizeien und auch den Geheimdiensten preisgegeben, von DNA-Daten über die Datei „Gewalttäter links“ bis zu den Dateien der Kraftfahrzeugregister. So erhält die deutsche Polizei z.B. Kenntnis über Kriegsgegner, Demokraten, Kommunisten in allen EU-Staaten und kann in diesen Ländern die Bürger dieser Staaten verfolgen. Die im Bundestagsbeschluss aufgelisteten Kosten, die insbesondere aus der Erweiterung der Datenspeichersysteme resultieren, belaufen sich auf einmalig rund 7 Mio. € und jährlich 500.000 €. Daraus lässt sich nicht errechnen wie viele Menschen aus anderen Ländern, der deutsche Imperialismus speichern will, aber das macht deutlich, dass er sich das einiges kosten lässt.

Zumal es nicht nur den Vertrag von Prüm gibt, sondern den § 129 b StGB, die Bildung einer terroristischen Vereinigung im Ausland, deren Verfolgung deutsche Staatsorgane aufnehmen können. Oder das kürzlich beschlossene „Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten“, dem Gesinnungsverfolgungsgesetz. Danach soll der deutsche Staat auch Menschen im Ausland aufgrund ihrer Gesinnung verfolgen können.

(BT-Drucksache 16/12585)

Am gleichen Tag, an dem der Bundestag dem Prüm-Vertrag in deutsches Recht überführt hat, hat er auch die Verschärfung des Europol-Gesetzes beschlossen. Die europäische Polizei Europol sammelt Daten und kann Regierungen zum Handeln auffordern. Bislang konnte Europol nur bei tatsächlichen

Anhaltspunkten über organisierte Kriminalität tätig werden. Nun kann Europol ohne tat-



sächliche Anhaltspunkte, also bei bloßen Verdächtigungen handeln.

Konnten bislang nur die Landeskriminalämter der BRD Informationen von Europol erhalten, so wird dies auf die Bundespolizei, die Länderpolizeien, das Zollkriminalamt ausgeweitet.

Dazu die Abgeordnete der Linken im Bundestag, Ulla Jelpke: *„Der Ausbau der repressiven Strukturen der EU geht weiter, ohne dass es einen entsprechenden Grundrechtsschutz für die Bürgerinnen und Bürger gäbe. Zentralisierungstendenzen, wie wir sie aus Deutschland kennen, setzen sich auf EU-Ebene fort – nicht zuletzt auf Betreiben des deutschen Innenministeriums. Und wir lehnen es ab, dass die Datenübermittlungsbefugnisse für Polizeibehörden im Gesetzentwurf noch über das hinausgehen sollen, was der Ratsbeschluss fordert. ... Europol fungiert wie eine fast unkontrollierbare supra-staatliche Polizeibehörde. Sie wird nicht durch eine europäische Staatsanwaltschaft kontrolliert und geleitet, alle dort eingesetzten Beamten unterliegen in erster Linie der juristischen Kontrolle durch die Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden der Entsendestaaten. Die nationalen Einschränkungen von Grundrechtseingriffen kön-*

nen umgangen werden, indem der Eingriff zumindest formal in ein anderes Land verlegt wird. Zum Beispiel: wenn in einem Staat die Voraussetzungen für einen Lauschangriff nicht vorliegen, liegen sie vielleicht in dem anderen vor. Erkenntnisse aus Ermittlungen in einem anderen EU-Staat können in hiesige Ermittlungsverfahren einfließen, ohne dass für die Staatsanwaltschaft und Strafverteidigung nachvollziehbar ist, ob der Lauschangriff auch hier rechtmäßig gewesen wäre. Der Grundrechtsschutz hinkt wie immer hinterher.“

(Plenardebatte im Bundestag vom 19.6.2009)

Nicht zu unterschätzen ist die Gefahr für die Arbeiterklassen und Völker Europas, die immer mehr nicht nur von der eigenen Bourgeoisie, sondern zugleich vom deutschen

Staatsapparat bedroht sind. Bei der Niederschlagung der Freiheits- und Befreiungskämpfe in Europa hat der deutsche Imperialismus eine lange Tradition, die spätestens mit der bestialischen Niederschlagung der ersten proletarischen Revolution in der Menschheitsgeschichte, der Pariser Kommune von 1871 anfängt. Der Vertrag von Prüm erleichtert ihm nun den Einsatz deutscher Bajonette in Bürgerkriegen und Revolutionen in Europa, die kommen werden, wie auch die allgemeine Krise des Kapitalismus eine Verschärfung erfahren hat, wie auch die erneute Weltwirtschaftskrise gekommen ist.

Militarisierung der Berufsaus- und Weiterbildung

Das Streitkräfteunterstützungskommando meldet:

„Handwerkskammer Koblenz plant Zusammenarbeit mit Zentrum Innere Führung

Koblenz, 04.05.2009

Eine Premiere stellte der Besuch der Führungskräfte der Handwerkskammer (HWK) Koblenz am 15.04.2009 beim Zentrum Innere Führung (ZInFü) dar. Das Interesse galt der Führungsphilosophie der Bundeswehr und einer Zusammenarbeit beider Einrichtungen in naher Zukunft. [...]

Brigadegeneral Bach betonte die Wichtigkeit einer solchen Verbindung zwischen Handwerk und Bundeswehr für die Weiterqualifizierung von ausscheidenden Bundeswehrsoldaten und deren Einstieg in die zivile Arbeitswelt nach Dienstzeitende. Eine Zusammenarbeit zwischen beiden Einrichtungen habe eine viel versprechende Perspektive und beide verbinde eine große Gemeinsamkeit, nämlich das Interesse an jungen Menschen und deren Ausbildung. Auch die Abordnung der HWK betonte die Gewinnung junger Menschen sei für das Hand-

werk wie die Bundeswehr die Herausforderung der Zukunft; hier lohne sich eine Zusammenarbeit. [...]

Die Verbindung und gegenseitige Ergänzung von militärischen und zivilen Ausbildungsgängen könne einen gemeinsamen Weg von Bundeswehr und Wirtschaft darstellen.

Mit dem Wunsch zu mehr Dialog und Zusammenarbeit zwischen beiden Einrichtungen verabschiedeten sich die Führungskräfte der Handwerkskammer Koblenz.“

(Homepage des Streitkräfteführungsunterstützungskommando)



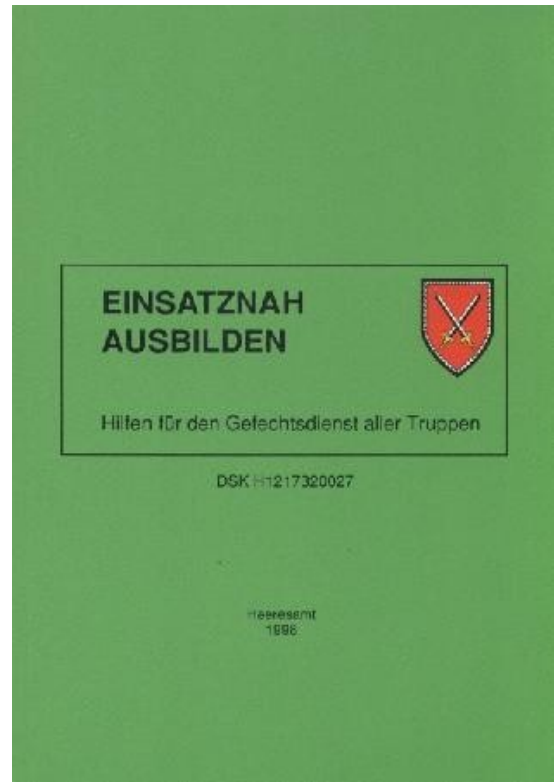
General Lutz, Präsident Scherhag und Wirtschaftsminister Hering (v.l.) im Gespräch mit Mirko Spahlholz, der als Soldat bei der HwK in der SPS-Fortbildung steht.

Bundeswehrsoldaten werden mit Handbüchern der Wehrmacht ausgebildet

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Auszug aus der Vorbemerkung des Fragestellers

„Das Magazin „Kontraste“ hat in seiner Sendung vom 9. April und 30. April 2009 aufgedeckt, dass in der Bundeswehr wehrmachtsverherrlichende Ausbildungshandbücher verwendet werden und Angehörige der Wehrmachts-Sondereinheit „Brandenburger“ für die Vorbereitung des Afghanistan-Einsatzes herangezogen werden. Das Magazin berichtete ausführlich über die Bücher „Einsatznah ausbilden“ und „Üben und Schießen“. In diesen von Ausbildern benutzten Büchern befänden sich Hunderte Originaltexte aus der Wehrmacht, dazu gedacht, Soldatinnen und Soldaten in Kampf Stimmung zu versetzen. Unter anderem befänden sich darin Landsergeschichten, in denen der „Geist der Truppe“ beschworen werde – gemeint: der Geist der Wehrmacht. In jedem Kapitel würden Rückgriffe auf Wehrmachts-Richtlinien oder Merkblätter gemacht. Ein von „Kontraste“ befragter, für die Ausbildung im Heer verantwortlicher General, äußerte in der Sendung, dass seiner Ansicht nach auch Verbände der Bundeswehr die „militärischen Grundweisheiten“ der Wehrmacht „zu verinnerlichen haben“. Seit 1985 wurden 67 000 Exemplare der Ausbildungshilfe „Einsatznah ausbilden“



und 56 500 Exemplare „Üben und Schießen“ gedruckt.“

Auszug aus den Fragen an die Bundesregierung

Frage: Beabsichtigt die Bundeswehr, diese Bücher schnellstmöglich einzuziehen?

Antwort der Bundesregierung: Nein.

Frage: Welche weiteren Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesem Vorfall?

Antwort der Bundesregierung: Keine.

(Bundestagsdrucksache 16/13164)

Das Ende des Parlamentarismus?

„Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus“ (Lenin)

Die Gefahr, dass die Herrschenden meinen sich ihre Macht mit diesem, für sie besten Mittel, nicht mehr sichern zu können ist dem Kapitalismus immanent. Also die Ge-

fahr, dass sie die bürgerliche Demokratie durch die offene terroristische Diktatur ersetzen. Dieser Wechsel ist kein Zeichen der Stärke der Bourgeoise, sondern ihrer Schwäche. Aber die aktuelle Krise ist keine Phase der Stärke der Bourgeoise. Jetzt in der Krise nimmt die, von uns bereits in der

Vergangenheit kritisierte zunehmende Entmachtung des Parlaments zu. Das ist ein Aspekt des Notstands der Republik und damit der zunehmenden Gefahr des Faschismus. Diese Gefahr sehen nicht nur wir, auch in bürgerlichen Kreisen beginnen Einzelne sich dieser in der Krise verschärfenden Gefahr bewusst zu werden. So der Leitartikel der Süddeutschen Zeitung Ende Juni. Darin heißt es:

„Die deutsche Demokratie leidet, zumal seit der großen Wirtschaftskrise, an Entleerungsgefahr. Die Selbstherrlichkeit der Exekutive, also der Regierung, nimmt zu. Der Einfluss des Parlaments, des zentralen Ortes der Demokratie, nimmt in unglaublicher Weise ab. [...] Der Bundestag, der demnächst neu gewählt wird, spielt eine immer geringere Rolle. Er hat noch die Aufgabe, Kanzlerin oder Kanzler zu wählen. Dann hat er ausgespielt. [...] So war und ist es näm-

lich seit langer Zeit bei allen Anti-Terror-Gesetzen. [...] So war und ist es bei allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr [...].“ Jetzt in der Finanz- und Wirtschaftskrise erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt: *„Der Kaiser der Demokratie, der Bundestag, ist nackt. Er sagt nichts, er will nichts sagen, er hat nichts zu sagen.“*

Süddeutsche Zeitung, 27./28.06.09, „Eine verrückte Demokratie“ von Heribert Prantl, Seite 4



AKTIONEN gegen den Notstand der Republik

Widerstand gegen den „Karrieretreff“ der Bundeswehr in Ingolstadt

Am Samstag den 11.07. machte der Karrieretreff in Ingolstadt halt. An diesem Wochenende war Bürgerfest und so war die Bundeswehr neben ihrem Rekrutierungstruck auch mit Musikbühne vor Ort. Am Bürgerfest sind überall in der Stadt Bühnen aufgebaut und Bands spielen. Die Bühne der Bundeswehr war die größte von allen!

Wir verteilten vor dem Karrieretreff ca. 500 Flugblätter „Schluss mit der Werbung für die Bundeswehr! Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle“ (siehe Anhang) und trugen Schilder mit uns auf denen wir den „guten“ Arbeitsplatz bei der Bundeswehr kritisch beleuchteten und unserem Protest gegen die Deutsche Außen- und Innenpolitik Gehör verschafften. Mit Sprechchören „Keinen Cent und Keinen Mann für das deutsche

Kriegsprogramm“, „Nie, nie wieder Soldaten gegen Demokraten“ verabschiedeten wir die Bundeswehr. Die Soldaten waren sichtlich irritiert durch unsere Aktion und standen über 2 Stunden handlungsunfähig herum und schauten hilflos zu uns herüber. Dann kamen sie auf die Idee die Polizei zu verständigen, in der Hoffnung die Polizeibeamten würden uns einen Platzverweis erteilen. Da das zum großen Ärger der Jugendoffiziere und ihrer Gefolgschaft nicht geschah, und unsere Aktion eh mehr Zuspruch und Zulauf bei den Bürgerfestbesuchern fand, wurde der Karrieretreff für diesen Tag geschlossen und die Soldaten suchten das Weite. An der Aktion waren 12 Kolleginnen und Kollegen beteiligt.

(Marius, Ingolstadt)

MATERIAL zum Notstand der Republik

Auf den nächsten Seiten findet ihr:

- Flugblatt der ver.di Jugend Ingolstadt „Schluss mit der Werbung für die Bundeswehr! Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle!“

Vom JAA herausgegebene Broschüren



Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin im Kino Kosmos (Karl-Marx-Allee) der Jugendkongress "Notstand der Republik" statt. Mit verschiedenen Referaten wurde über den derzeitigen Umbau des Staates und dessen Hintergründe informiert.

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit
- Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend

Preis: 2,00 EUR



Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

Mit den Referaten und Reden zu folgenden Themen

- Zu den Ursachen des Notstands
 - Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
 - Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60 Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
 - Aktiv gegen den Heimatschutz!
 - Die Demonstrationen vom 3. November 2007
- Preis: 2,00 EUR

Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an:
info@jugendkongress-ndr.de

Schluss mit der Werbung für die Bundeswehr!

Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle!

Denkst du über deine Zukunft nach? Bist du auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz? Kommt eine Stelle bei der Bundeswehr für dich in Frage? Dann mach dich schon mal mit deinem Tod vertraut. Denn genau das rät dir der Bundeswehrgeneral Herr Naumann. (*Spiegel* 8.01.2003) Ist das für dich eine Möglichkeit oder rechnest du wie 90% mit einem besseren Ausbil-

dungsplatz? Fakt ist wer berufliche Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr und wer über ausreichende berufliche Chancen verfügt, zieht die Möglichkeit Soldat der Bundeswehr zu werden gar nicht in Betracht. Das ist die Schlussfolgerung einer im Jahr 2003 durchgeführten Studie.

Ausbildungsplatzmangel und Arbeitslosigkeit- „Bundeswehr verzeichnet zulauf wegen Arbeitslosigkeit“ (Stern 10.06.2005)



Bisher sind nach offiziellen Angaben 35 Bundeswehrsoldaten allein in Afghanistan getötet worden. Viele kommen mit psychischen Problemen und körperlichen Behinderungen zurück. Das sind die Berufsrisiken bei der Bundeswehr und führen zu einer weit verbreiteten Ablehnung des Soldatenberufes. Um dem Vorzubeugen trifft die Bundeswehr „geeignete Kommunikationsstrategien für den Bereich der Nachwuchswerbung“. Jedes Jahr werden mehrere Millionen für die Rekrutierung neuer Soldaten ausgegeben. Die Bundeswehr weiß die anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit für sich zu nutzen. Jeder dritte Wehrpflichtige war 2006 zuvor arbeitslos. Laut einer vom Bundesministerium der Verteidigung in Auftrag gegebenen Umfrage nannten 70% der befragten Jugendlichen die „Arbeitsplatzsicherheit“, 60% die „guten“ Einkommensmöglichkeiten als Gründe für eine mögliche Ver-

pflichtung bei der Bundeswehr. Eine große Rolle spielen die U- 25 Maßnahmen der Hartz- Gesetze. 40% der Befragten gaben als Motiv an, dass sie endlich von Zuhause ausziehen könnten. Die Verpflichtung Soldat zu werden gilt als „normale Wiedereingliederungshilfe“. Die Bundeswehr wirbt im Arbeitsamt für den Soldatenberuf. Kooperationen der Arbeitsagentur mit der Bundeswehr bieten hierfür die Grundlage. Kommen die Jugendlichen nicht zu den Rekrutierungsveranstaltungen droht die Kürzung des Arbeitslosengeldes und werden Sanktionen fällig. Auch im Berufsinformationszentrum der ARGE in Ingolstadt wirbt die Bundeswehr. „Die Gebirgsjäger- ihre Zukunft“, „Einsätze im In- und Ausland“. In 11 Arbeitsagenturen unterhält die Bundeswehr bereits dauerhaft Büros.

Der Zugriff des Militärs auf unsere Schulen

Staat und Bundeswehr versuchen die Jugend für die deutsche Kriegspolitik zu gewinnen. **Jugendoffiziere** kommen regelmäßig an Schulen und Berufsschulen, um dort ihre linientreue Haltung zu Armee und Krieg den Schülerinnen und Schülern einzuimpfen. Kritik oder Widerspruch wird als uninformativ oder kindlich naiv abgetan. Es gibt keine Probleme außer denen des Jugendoffiziers. Zu wenig „Verteidigungsbereitschaft“ bei der Jugend, zu wenig Rüstung und zu wenig Geld für das Militär. Spezielle Unterrichtsmaterialien werden von der Bundeswehr für den Schulgebrauch erarbeitet. Das Verteidigungsministerium und das Kultusministerium in NRW und Hessen haben bereits Kooperationsabkommen geschlossen. Gelernt werden soll das was den Ansichten der Bundesregierung und der Armee entspricht. Beim Planspiel „**Politik- und Internationale Sicherheit**“ POL&IS soll Kinder und Jugendlichen die „**Alternativlosigkeit des Krieges**“ aufgezeigt werden. Der 28 jährige Jugendoffizier Christian R. „*ist von der Kriegsstimmung der Schüler (die Sich an POL&IS beteiligen) nicht überrascht.... Es gibt immer noch welche, die vorletzte Woche noch bei der Hand-in-Hand-Lichterkette mitgemacht haben und jetzt Krieg führen wollen....viele denken plötzlich Stärke und Gewalt sind die besten Mittel*“. (zitierte nach IMI- Studie Sozialabbau und Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr)

Wo viele Jugendliche sind ist auch die Bundeswehr. Der seit 2006 durch Deutschland tourende „**Karrieretreff**“ wirbt mit Slogans wie „**Sichern sie sich jetzt einen von 20.000 Arbeitsplätzen**“. Neben der Rekrutierung von Nachwuchs soll mit Action und Technik für ein positives Image und die Akzeptanz und Unterstützung für die „Armee im Einsatz“ geworben werden.

„Die Bundeswehr wird eine Armee im Einsatz werden. [...] Auch in Staaten an die wir heute noch gar nicht denken.“ (Peter Struck (SPD), ehemaliger Verteidigungsminister)

„Deutschland hat aufgrund seiner immer engeren Verflechtung in der Weltwirtschaft besonderes Interesse an ungehinderten Warenaustausch und ist in hohem Maße von gesicherter Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen abhängig(...) zum Sicherheitspolitischen Instrumentarium gehören auch bewaffnete Einsätze.“ (Weißbuch der Bundeswehr) Die Jagd der deutschen Banken und Konzerne nach Absatzmärkten und Rohstoffen ist der

Grund wieso die BRD heute zu den militärisch aktivsten Ländern gehört. Die Wirtschaft wird in den Dienst des Krieges gestellt. **„Wir brauchen einen engeren Schulterschluss zwischen Wirtschaft Politik und Bundeswehr“** (Celler Appell Hrsg: Commerzbank und Verteidigungsministerium) Sie brauchen dich als Kanonenfutter, als kämpfenden Soldaten für „deutsche Interessen.“ Mit „humanitären“- oder“ Friedenseinsätzen“ hat das nichts zu tun! **„Wir machen nicht humanitäre Hilfe. Wir sind als Soldaten in Afghanistan, um Dinge gegebenenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen“.**(Oberstleutnant Ulrich Kirsch, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes) Wie schon 1929, verschärft die aktuelle Weltwirtschaftskrise den Kampf der mächtigsten Industriestaaten untereinander. Auch heute schwebt die Gefahr über uns, dass einige der großen Kapitalbesitzer im Krieg ihre Lösung der Krise sehen. **„Wenn Sie einmal sehen wollen, welcher Anstrengungen es tatsächlich bedarf, um die Wirtschaft aus einer Schuldenfalle zu befreien, dann betrachten Sie das massive, öffentliche Beschäftigungsprogramm, das die Große Depression beendete, besser bekannt unter dem Begriff „2. Weltkrieg“. Der Krieg führte nicht nur zur Vollbeschäftigung, er bewirkte darüber hinaus rapide ansteigende Einkommen und substantielle Inflation; und das alles praktisch ohne größere Verschuldung des Privatsektors.“** (Paul Krugmann, Ökonomenobelpreisträger 2009 in „Konjunkturprogramm Weltkrieg?“ FAZ Online März 2009)

„Wir können zwischen innerer und äußerer Sicherheit heute in der Tat nicht mehr klar trennen: Hier Auslandseinsatz, dort Einsatz im Innern. [...]“(Franz Josef Jung (CDU), deutscher Verteidigungsminister)

Die Gewerkschaft Verdi spricht sich entschieden gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inland aus. Wie z.B. im Jahr 2007 beim G8- Gipfel, wo Schützenpanzer und Tornados gegen Demonstranten eingesetzt wurden, wie bei der jährlichen Nato- Sicherheitskonferenz in München, wo sich Staatsmänner, Geschäftsleute, Generäle und Rüstungsindustrielle von Scharfschützen auf den Dächern Münchens schützen lassen. Bei Übungen der Bundeswehr wird der Einsatz von Soldaten gegen streikende Arbeiter und Demonstranten trainiert. Der bewaffnete Einsatz im Inland soll ins Grundgesetz. Diese Maßnahmen passen nicht zu einer demokratischen Republik! Das ist Kriegsrecht! Soldaten gegen Arbeiter, Demokraten, gegen Gewerkschaftsjugendliche, Antifaschisten und Friedensaktivisten. Das ist der Einsatz der Bundeswehr im Inland!

Das ist keine Alternative zur Arbeitslosigkeit! Deshalb fordern wir:

- **Qualifizierte Ausbildungsplätze statt Werbung für die Bundeswehr!**
- **Nein zur Rekrutierung der Jugend für den Krieg!**
- **Nein zum Staatsumbau!**